

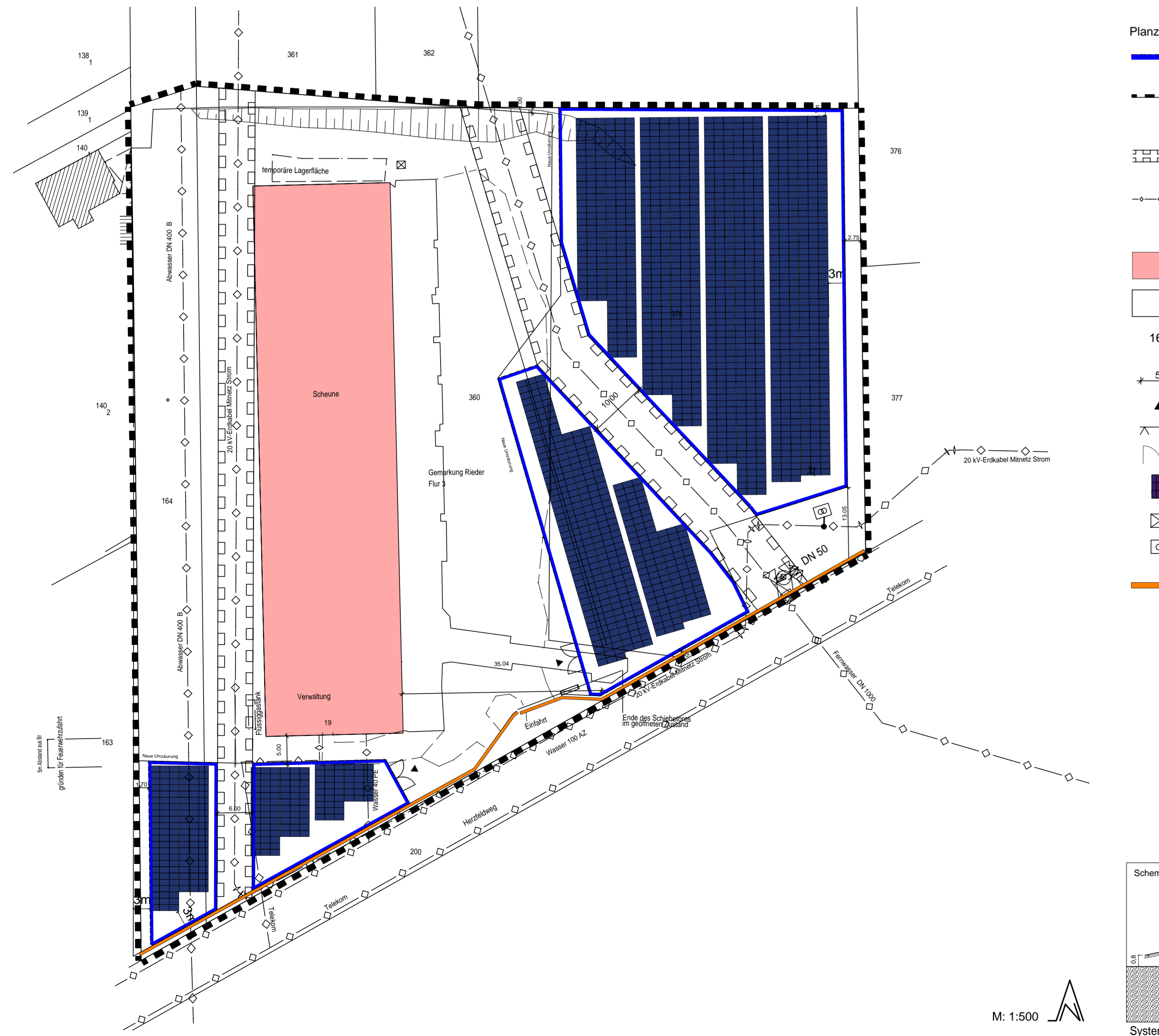
- Planzeichenerklärung
1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 BauGB i.V.m. §§ 11 bis 11 BauNVO)
2. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)
3. Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)
4. Sonstige Planzeichen

- TEXTLICHE FESTSETZUNGEN VORHAEBENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN
1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 11 Abs. 2 BauNVO)
2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 BauGB i.V.m. §§ 16 - 21a BauNVO)
3. Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 BauGB i.V.m. §§ 22, 23 BauNVO)
4. Geh-, Fahr- und Leitungsrechte (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)
5. Grünordnerische Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB)



Übersichtsplan o.M. Quelle: google earth, Auszug vom 31.03.2021

- 1. Der Stadtrat der Stadt Ballenstedt hat in seiner Sitzung am 26.04.2018 den Beschluss über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 41 'Solarpark Herzfeldweg' in der Gemarkung Rieder unter der Beschluss-Nr. W/231/2018 gefasst.
2. Der Stadtrat der Stadt Ballenstedt hat in seiner Sitzung am 13.02.2020 den Geltungsbereich um ein Teilstück des Flurstücks 164, Flur 3 Gemarkung Rieder unter der Beschluss-Nr. W/173/2020 erweitert.
3. Der Stadtrat der Stadt Ballenstedt hat in seiner öffentlichen Sitzung am 15.07.2021 den Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 41 'Solarpark Herzfeldweg' angenommen und die Begründung gebilligt.
4. Die Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durch öffentliche Auslegung des Vorentwurfs und der Begründung einschließlich des Umweltberichts in der Fassung April 2021 in den Diensträumen der Stadtverwaltung der Stadt Ballenstedt vom 26.07.2021 bis 27.08.2021 frühzeitig untersucht worden.
5. Die Behörden und die sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden sind mit Schreiben vom 22.07.2021 gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme zum Vorentwurf und der Begründung einschließlich des Umweltberichts Fassung April 2021 aufgefordert worden.
6. Der Stadtrat der Stadt Ballenstedt hat in seiner öffentlichen Sitzung am 23.04.2022 den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 41 'Solarpark Herzfeldweg' Fassung Januar 2022 beschlossen.

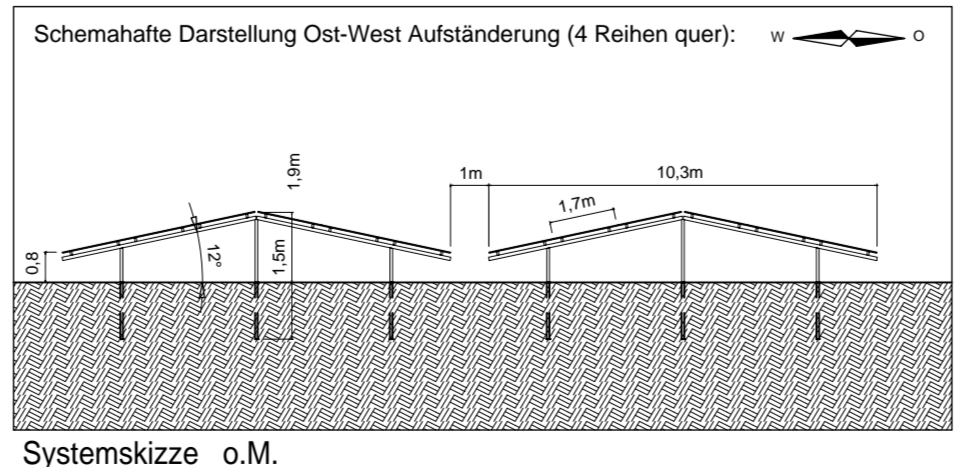


- Planzeichenerklärung
1.1 Das Vorhaben ist im Plan zeichnerisch dargestellt.
1.2 Die maximale Höhe der Photovoltaikanlagen und der Nebenanlagen wird auf 2,00 m festgesetzt.
1.3 Die Photovoltaikanlage ist so zu errichten, dass der Mindestabstand zwischen der natürlichen Bodoberkante und der unteren Unterkante der Module 0,80 m nicht unterschritten wird.
1.4 Die PV-Module sind auf eine Tischkonstruktion in einem Winkel von 10° bis 35° zu errichten.
1.5 Die Aufstellbereiche der Solarmodule werden aus Gründen der Sicherheit vor unbelüftem Betreten, zur Vermeidung von Unfällen durch Stromschlag sowie aus Gründen des Versicherungsschutzes mit einer Zaunanlage aus Stabgittermatten mit Maßnahmen zur Sichtunterbrechung in Teilbereichen und mit einer maximalen Höhe von 2,00 m inklusive aufmontiertem Überstegschutz und notwendigen Toren umzäunt.
1.6 Entlang der gesamten südlichen Plangebietsgrenze, entlang des Herzfeldweges, ist ein Blendschutzzaun von 3,00 m Höhe mit vollflächigem Sichtschutz zu erstellen.
1.7 Gemäß § 12 Abs. 3a BauGB wird unter Anwendung des § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt, dass im Rahmen der festgesetzten Nutzung nur solche Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.
2.1 Die verkehrsmäßige Anbindung erfolgt verbindlich an den öffentlichen Herzfeldweg entlang der südlichen Grenze des Plangebietes.
2.2 Die innere Erschließung des Plangebietes erfolgt über das Einfahrtsort im Süden an der vorhandenen Einfahrt zum Gelände.
3.1 Trinkwasserversorgung
3.2 Schutzwasserversorgung
3.3 Niederschlagswasserversorgung
3.4 Lichtwasserversorgung
3.5 Elektroenergieversorgung
3.6 Straßenbeleuchtung
3.7 Gasversorgung
3.8 Fernwärmeversorgung
3.9 Abfallentsorgung
3.10 Abfallentsorgung

- 1. Das Vorhaben
1.1 Das Vorhaben ist im Plan zeichnerisch dargestellt.
1.2 Die maximale Höhe der Photovoltaikanlagen und der Nebenanlagen wird auf 2,00 m festgesetzt.
1.3 Die Photovoltaikanlage ist so zu errichten, dass der Mindestabstand zwischen der natürlichen Bodoberkante und der unteren Unterkante der Module 0,80 m nicht unterschritten wird.
1.4 Die PV-Module sind auf eine Tischkonstruktion in einem Winkel von 10° bis 35° zu errichten.
1.5 Die Aufstellbereiche der Solarmodule werden aus Gründen der Sicherheit vor unbelüftem Betreten, zur Vermeidung von Unfällen durch Stromschlag sowie aus Gründen des Versicherungsschutzes mit einer Zaunanlage aus Stabgittermatten mit Maßnahmen zur Sichtunterbrechung in Teilbereichen und mit einer maximalen Höhe von 2,00 m inklusive aufmontiertem Überstegschutz und notwendigen Toren umzäunt.
1.6 Entlang der gesamten südlichen Plangebietsgrenze, entlang des Herzfeldweges, ist ein Blendschutzzaun von 3,00 m Höhe mit vollflächigem Sichtschutz zu erstellen.
1.7 Gemäß § 12 Abs. 3a BauGB wird unter Anwendung des § 9 Abs. 2 BauGB festgesetzt, dass im Rahmen der festgesetzten Nutzung nur solche Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.
2. Erschließung
2.1 Die verkehrsmäßige Anbindung erfolgt verbindlich an den öffentlichen Herzfeldweg entlang der südlichen Grenze des Plangebietes.
2.2 Die innere Erschließung des Plangebietes erfolgt über das Einfahrtsort im Süden an der vorhandenen Einfahrt zum Gelände.
3. Versorgungsanlagen und Leitungen
3.1 Trinkwasserversorgung
3.2 Schutzwasserversorgung
3.3 Niederschlagswasserversorgung
3.4 Lichtwasserversorgung
3.5 Elektroenergieversorgung
3.6 Straßenbeleuchtung
3.7 Gasversorgung
3.8 Fernwärmeversorgung
3.9 Abfallentsorgung
3.10 Abfallentsorgung
4. Belange des Natur- und Umweltschutzes
4.1 Die Belange des Natur- und Umweltschutzes sind im vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 41 'Solarpark Herzfeldweg' in der Planzeichnung, in der Begründung einschließlich des Umweltberichts sowie im Antenschutzrechtlichen Fachbeitrag ausführlich dokumentiert, bilanziert und festgesetzt.

Der Vorhabenträger verpflichtet sich alle nachstehenden Anforderungen des Brandschutzes zu erfüllen:

- a) Sperrelemente (z. B. Schrankenanlagen/ Einzäunungen) in Feuerwehrrouten müssen von der Feuerwehr gewaltfrei geöffnet werden können.
b) Für das Wartungspersonal ist eine Betriebsanweisung / Brandschutzordnung zu erstellen.
c) Für das Wartungspersonal ist ein Feuerwehrplan nach DIN 14096 (Textteil u. a. mit Ansprechpartner im Gefahrenfall, Übersichtsplan mit Kennzeichnung der FW-Zufahrt, der Wechselrichter, Schaltstellen (Freischaltenelemente, Feuerwehrschrater und Trafostationen usw.) zu erstellen.
d) Die örtliche Feuerwehr wird nach Inbetriebnahme der PV-Anlage in die Örtlichkeiten und die Anlagentechnik einweisen.
e) Zum Schutz der Anlage vor äußeren Brandeinwirkungen sowie von der Anlage selbst ausgehende Brandgefahren ist ein brandstoppfähiger Schutzstreifen von 5,0 m zur Anlage sicher zu stellen.
f) Brand- und Störfaktoren werden durch fachgerechte Die Brandlasten innerhalb der Anlage sind zu minimieren, z.B. durch regelmäßige Mahd, Räumen des Graschnittes usw., Leitungsführungen sind durch entsprechende Maßnahmen vor mechanischen Beschädigungen zu schützen.
g) Das Objekt ist mit entsprechenden Hinweisschildern auszustatten, insbesondere Hinweise auf die elektrische Anlage sowie die Kennzeichnung der Schaltstellen.
h) Das Objekt ist gegen unbefugtes Betreten zu sichern und als Gefahrenanlage zu kennzeichnen.
i) Die Wärfen sind die technischen Normen sowie die Schriften Brandschutzrechtliche Planung, Errichtung und Instandhaltung von PV-Anlagen und 'Photovoltaikanlagen, technischer Leitungen' zu beachten.
3.5 Elektroenergieversorgung
Eine Elektroenergieversorgung von außen ist nicht notwendig, da das Vorhaben selber Strom produziert.
3.6 Straßenbeleuchtung
Eine Straßenbeleuchtung ist für das Vorhaben nicht notwendig.
3.7 Gasversorgung
Eine Gasversorgung ist für das Vorhaben nicht notwendig.
3.8 Fernwärmeversorgung
Die fernwärmetechnische Versorgung wird durch Telekom gesichert. Die Ortsanlage Roder ist bedarfsgerecht mit telekommunikationstechnischen Anlagen versorgt.
3.9 Wärmeversorgung
Eine Wärmeversorgung ist für das Vorhaben nicht notwendig.
3.10 Abfallentsorgung
Eine Abfallentsorgung ist für das Vorhaben nicht notwendig.



Stadt Ballenstedt Landkreis Harz
Genehmigung
Maßstab: 1:500
Stand: Dezember 2022